



## **AFRIKA/GUINEA BISSAU - Portugiesischsprachige Länder lehnen Vereinbarungen zwischen Putschisten und westafrikanischen Staaten ab**

Bissau (Fidesdienst) – In Guinea Bissau gibt es nach dem Militärputsch vom 12. April weiterhin einen politischen Stillstand und es gelang bisher nicht, eine neue Regierung zu bilden. Die Gemeinschaft der Westafrikanischen Staaten (CEDEAO) stimmte dem von der Militärjunta vorgeschlagenen Kandidaten für das Amt des Übergangspräsidenten, Manuel Serifo Nhamadjo, zwar zu, doch „die größte Partei des Landes PAGC, die Europäische Union und die Gemeinschaft der Portugiesischsprachigen Länder (CPLP) lehnen diesen ab und fordern eine Wiederherstellung der Situation, wie sie vor dem Staatstreich existierte“, so P. Davide Sciocco vom Päpstlichen Institut für die Außenmissionen (pime) zum Fidesdienst. Der italienische Missionar leitet in Guinea Bissau den Radiosender „Radio Sol Mansi“.

„Der Einfluss der CEDEAO ist groß. Die westafrikanischen Länder verhandeln mit den beteiligten Parteien in Guinea Bissau und versuchen einen Ausweg aus der Krise zu finden. Hauptsächlich wirken Nigeria und Cote d’Ivoire (Elfenbeinküste) an den Verhandlungen mit, die den Kandidaten für das Präsidentenamt befürworten und sich für die Bildung einer neuen Regierung einsetzen“, so P. Sciocco. „Die CPLP ist nicht mit dieser Lösung einverstanden, weil sie sie als Kompromiss mit den Putschisten betrachtet“.

„Die meisten Bürger des Landes befürworten den Putsch nicht“, so der Missionar weiter, „Auf der anderen Seite wünschen sie sich jedoch eine neue Regierung, denn bis heute sind Schulen und Büros geschlossen und die Beamten erhalten keine Gehälter. Die Situation ist also äußerst kompliziert“, so P. Sciocco abschließend. (LM) (Fidesdienst, 14/05/2012)